

Meldungen

Jorge Scholz

Im Griff der Dürre

Das fast vollständige Ausbleiben des Wintermonsuns in den Monaten Dezember, Januar und Februar sorgte in diesem Jahr zu Beginn der Trockenzeit landesweit für eine Dürrekatastrophe. Rekordtiefststände des Indus und seiner Nebenflüsse brachten die gigantischen Bewässerungssysteme in den Provinzen Punjab und Sindh, auf die fast die gesamte Landwirtschaft des Landes sowie ein beachtlicher Teil der Energiewirtschaft und damit indirekt auch die Industrie als größter Stromkonsument angewiesen ist, zeitweilig an den Rand des Zusammenbruchs. Die Pegel fielen an den meisten Stauwehren unter die kritischen Marken, die aus technischen Gründen für das Einspeisen von Wasser in die Hauptverbindungskanäle Voraussetzung sind. Einige mußten vor allem in der Südprovinz Sindh über Wochen hinweg trocken bleiben, weshalb in weiten Gebieten insbesondere die Baumwoll-, Reis- und Zuckerrohrernte auf den Feldern verdorrte. In manchen Gebieten mußten die Bauern nach Medienberichten Totalverluste hinnehmen. Im Provinzdurchschnitt dürften die Ernteausfälle nach ersten Schätzungen bei bis zu 50 Prozent liegen. Vor allem die verheerenden Verluste bei der Baumwollernte, die das Rückrat der gesamten pakistanischen Wirtschaft bildet, dürften mit Verzögerung auch die übrigen Ökonomiesektoren des Landes hart treffen.

Das Ausmaß der Dürrekatastrophe im Sindh läßt sich auch an Meldungen ablesen, wonach insbesondere in der Küstenregion sowie in den Wüsten- und Steppengebieten entlang der Grenze zu Indien Nomaden und Bauernfamilien zu Zehntausenden in klimatisch günstigere Landstriche flüchteten.

Aber auch die weiter im Norden an den Oberläufen der Flüsse des Indus-Wassersystems gelegene Provinz Punjab konnte sich den Folgen der Dürre nicht ganz entziehen. Zwar reichte das Bewässerungswasser – auf Kosten des am Unterlauf gelegenen Sindh – zumindest in

den nördlichen Landesteilen gerade noch aus, um das Überleben der meisten Feldkulturen und Aussaaten sicherzustellen, darunter die für die Ernährung der Bevölkerung wichtige Weizenernte. Dennoch kam es auch hier zu erheblichen Engpässen, der vor allem die Trinkwasserversorgung traf. Zahlreiche Großstädte, darunter Lahore, Faisalabad und Multan, rationierten das Trinkwasser. Lediglich Islamabad wurde von größeren Unterbrechungen der Versorgung verschont. Doch auch hier wurde die sonst übliche verschwenderische Bewässerung der zahlreichen Park- und Brunnenanlagen von wenigen Ausnahmen im Umfeld des Regierungsviertels vollkommen eingestellt. Ein weiteres Problem stellte das Vordringen durstiger Wildschweine, Affen und anderen Wildtiere aus dem nahegelegenen Nationalpark der *Margalla Hills* bis in die Wohngebiete der Hauptstadt dar. Die Stadtverwaltung wußte sich schließlich nur noch mit der Errichtung eines kilometerlangen Schutzzaunes zu helfen. In Faisalabad und Lahore sowie in zahlreichen kleineren Städten konnte die Trinkwasserversorgung zeitweilig nur noch mit Hilfe von Wasserpumpen und provisorischer Brunnen gewährleistet werden, die man im nächstgelegenen trockengefallenen Flußlauf errichtete. Vor allem die Bevölkerung Lahores, dessen Grundwasser laut Untersuchungsergebnissen entsprechender Studien in extrem hohem Maße mit Krankheitserregern, Schwermetallen und sonstigen Giftstoffen belastet ist, wurde dadurch einem erheblichen Gesundheitsrisiko ausgesetzt.

Sorgen bereitet den Experten der Umstand, daß auch in den Bergen des Himalayas und Hindukushs in diesem Winter die Schneefälle ausblieben. Denn diese wiederum speisen im weiteren Verlauf des Sommers mit ihrem Schmelzwasser die pakistanischen Flüsse und überbrücken damit bis zum Einsetzen des Sommermonsuns etwa Mitte bis Ende Juli die Trockenzeit. Deshalb wird nun befürchtet, daß jetzt die Gletscher mit entsprechenden Langfristfolgen beschleunigt

abschmelzen.

Eine gewisse Linderung der Notlage brachten im April überraschend einsetzende Regenfälle. Dennoch wird vieles davon abhängen, wie hoch die Niederschlagsmenge des kommenden Sommermonsuns ausfallen wird (Anmerkung: Die Dürre führte zwischen den Provinzen zu erbittert ausgetragenen Verteilungskämpfen um die Bewässerungskontingente. Näheres hierzu im Bericht von Matthias Paukert in dieser Ausgabe).

Militärregierung schlägt Protestkampagne der Oppositionsparteien nieder

Fünf Tage vor einer am 1. Mai in Karachi geplanten zentralen Großkundgebung des unter der Führung der *Pakistan People's Party* (PPP) stehenden Vielparteienbündnisses *Alliance for the Restoration of Democracy* (ARD) gegen die Militärdiktatur holte die Armeeregierung ab dem 25. April zum massiven Gegenschlag aus. Zunächst wurde die Demonstration per Regierungsdekret verboten. Wenige Tage später setzen bereits im Vorfeld der Veranstaltung in verschiedenen Teilen des Landes Razzien der Polizei und paramilitärischer Einheiten gegen Führer und prominente Aktivisten der an dem ARD-Bündnis beteiligten Parteien ein, die bis zum 1. Mai nach Angaben pakistanischer Tageszeitungen rund 1.000 Personen verhafteten. Die Behörden selbst bestätigten rund 500 Verhaftungen, darunter mehr als 50 Frauen. Unzählige weitere potentielle Demonstranten wurden im Vorfeld der Kundgebung an der Einreise in die Provinz Sindh, deren Hauptstadt Karachi ist, gehindert, beziehungsweise in ihre Heimatprovinzen zurückgeschafft. Außerdem blockierte ein massives Aufgebot der Polizei und paramilitärischer Truppen sämtliche Zufahrtsstraßen zu dem geplanten Schauplatz der Kundgebung in Karachis *Nishtar-Park*. Ohne jeden Streikaufruf kam dadurch fast der gesamte Stadtverkehr zum Erlie-

gen, was wiederum das Geschäftsleben beinahe zum Stillstand brachte. Zahlreiche Bazare blieben deshalb beinahe komplett geschlossen, wodurch eine Situation wie im Ausnahmezustand entstand.

Trotz der martiarchalischen Sicherheitsvorkehrungen kam es am 1. Mai in Karachi an mehreren Orten der Stadt zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und Sicherheitskräften. Dabei setzten die Polizeieinheiten Schlagstöcke und Tränengas ein, um aufgebrachte Demonstrantengruppen auf dem Weg zum *Nishtar-Park* aufhalten zu können. Auch von Gewehrsalven in die Luft war tags darauf in Presseberichten die Rede. Die Demonstranten wiederum bewarfen demnach die Sicherheitskräfte mit Steinen. Über die Zahl der Verletzten auf beiden Seiten wurde nichts bekannt.

Obwohl es den Behörden auf diese Weise erfolgreich gelang, die ARD-Demonstration zu unterbinden, waren sich Beobachter im Anschluß einig, daß die Oppositionsparteien die Aktion durchaus als Erfolg werten können. Die Argumentation: Erst das harte Durchgreifen der Militärregierung sorgte für erheblichen nationalen und internationalen Medienrummel rund um die Vorgänge in Karachi und verschaffte den Forderungen der Demokratiebewegung erhebliche Publizität. Dies wiederum löste im Ausland und bei Menschenrechtsorganisationen eine Welle der Kritik am Verhalten des Musharraf-Regimes aus, was der ARD-Bewegung neuen Aufwind verleihen dürfte.

Sunnitisch-schiitische Unruhen in den Stammesgebieten

Nach der Ermordung des stellvertretenden *Political Agent* in der im Grenzgebiet zu Afghanistan gelegenen *Kurram Agency* durch drei Angehörige des schiitischen Turi-Stammes, spitzt sich die Situation in dem Distrikt, der zu den mit weitreichenden Autonomierechten ausgestatteten *Federally Administered Tribal Areas* (FATA's) der NWFP gehört, gefährlich zu. Nur der massiven Präsenz von Einheiten der Armee und der paramilitärischen *Kurram Levies* ist es zu verdanken, daß größeres Blutvergießen bislang vermieden werden konnte. Außerdem verhängten die Behörden eine Ausgangssperre. Aufgrund der zurückhaltenden Informationspolitik der Behörden und der abgelegenen Lage des Kon-

fliktgebiets, das Nichteinheimische nur mit einer Sondererlaubnis betreten dürfen, lagen allerdings bis zum Redaktionsschluß noch keine offiziellen Angaben über die Zahl der Toten und Verletzten vor.

Wie aus einem Hintergrundbericht in der aktuellen Ausgabe der Wochenzeitung *The Friday Times* (TFT) zu entnehmen ist, gelang es den Sicherheitskräften unterdessen, einen der drei mutmaßlichen Mörder zu verhaften, der dabei in einem Feuergefecht mit seinen Verfolgern verletzt wurde. Im Verhör habe er als Tatmotiv die antischiitische Einstellung des Regierungsbeamten genannt, heißt es in der TFT. Auch fand das Blatt heraus, daß die Clanchefs der Turis offenbar unter Verletzung alter Traditionen gewillt sind, die beiden noch flüchtigen Komplizen des bereits gefaßten Tatverdächtigen vor dem Zugriff durch die Behörden zu schützen. Denn demnach müßten die Stammesältesten im aktuellen Fall eigentlich eine *jirga* genannte Ratsversammlung einberufen und die Gesuchten der Administration ausliefern. Falls dies nicht möglich ist, müßten die Stammesführer nach den mündlich überlieferten Regeln stattdessen jetzt deren Häuser zerstören und ihr Vermögen beschlagnahmen lassen. Beides sei bislang nicht geschehen. Stattdessen habe man die Sicherheitskräfte aufgefordert, doch selbst für das Niederwalzen der betreffenden Wohnhäuser zu sorgen, schreibt die TFT.

Die aktuellen Spannungen haben eine Vorgeschichte, die bis 1983 in die Frühphase des Afghanistankrieges zurückreicht. Damals wickelte die unter dem religiösen Einfluß eines sunnitisch-orthodoxen Islam saudiarabischer Prägung stehende Militärregierung von Ziaul Haq im Grenzgebiet die Waffenlieferungen an den afghanischen Widerstand ausschließlich über die sunnitischen Stämme ab. Als die schiitischen Turis daraufhin ihren Anteil an den Waffengeschäften forderten, reagierte Islamabad damit, in der *Kurram Agency* das Tragen von Waffen zu verbieten. Unter Berufung auf ihre Autonomierechte und Stammes Traditionen unterliefen die Turis das Verbot. Die Regierung ordnete nun eine Strafexpedition der Armee gegen die Turis an, wobei mehrere hundert Menschen getötet wurden. Dieser Vorfall legte den Grundstein für die bis heute anhaltenden Spannungen und blutigen Fehden zwischen schiitischen und sunnitischen Stämmen in der Region, die alle-

samt dem Volk der Pashtunen angehören. Betroffen sind neben Kurram auch die Distrikte Kohat und Orakzai. Zum schiitischen Glaubenszweig des Islams bekennen sich in diesen Gebieten neben den Turi-Pashtunen auch einige Clans der Bangash- und Orakzai-Pashtunen. Letztere sind allerdings mehrheitlich Sunniten. Gleiches gilt für die Mangals, die ebenfalls in den Konflikt involviert sind.

Erst Anfang April kam es auch in der *Orakzai Agency* zwischen den genannten Akteuren zu blutigen Zusammenstößen, bei denen fast 50 Menschen getötet wurden. Auslöser der Gefechte war ein Vorfall vom Januar diesen Jahres, als Aktivisten der sunnitisch-militanten Islami-stenpartei *Sipah-e-Sahaba Pakistan* (SSP), die sich neuerdings auch als Taliban bezeichnen, schiitische Gläubige daran hinderten, eine Grabmoschee zu betreten. Geschürt werden die jüngsten Spannungen durch kürzlich bekannt gewordene Pläne eines prominenten militanten Sunnitenführers, in unmittelbarer Nähe des bei Hangu gelegenen Platzes, wo die Schiiten der Region traditionell ihr von den Sunniten als unislamisch diffamiertes Frühlingsfest *Nauroze* begehen, eine sunnitische *madrassab* errichten zu wollen. Beobachter übten an den Behörden, die gegen das Bauvorhaben keine Einwände erhoben, heftige Kritik und prophezeiten eine weitere Eskalation des Konflikts und neues Blutvergießen. Die Ermordung des *Political Agent*, die mit der Genehmigung der sunnitischen Koranschule zusammenhängen dürfte, bestätigt bereits diese Befürchtungen.

ADB gewährt Milliardenkredit

Die *Asian Development Bank* (ADB) hat Pakistan einen Kredit in Höhe von 2,5 Milliarden US-Dollar gewährt, der zur Bekämpfung der Armut im Land gedacht ist und auf fünf Jahre verteilt ausgezahlt werden soll. Dies berichtete die Tageszeitung *Dawn* in ihrer Ausgabe vom 24. April unter Berufung auf eine Pressekonferenz in Islamabad mit Yoshihiro Iwasaki, für Westasien zuständiger Programmdirektor der ADB, im Anschluß an Regierungsgespräche mit Repräsentanten des pakistanischen Militärregimes. Laut Zeitungsbericht fand Iwasaki lobende Worte für die gegenwärtige Wirtschaftspolitik der Musharraf-Regierung und bescheinigte ihr deutliche Fortschritte bei der Umsetzung der von IWF und internationalen Gebern vorgegebenen

Ziele. Für die aktuelle Wirtschaftskrise machte der ADP-Direktor nach Darstellung des *Dawn* in erster Linie ökonomische Fehlentscheidungen und Mißmanagement der Vorgängerregierungen verantwortlich.

Neue Bombenanschläge

In Islamabad sind am 23. April bei der Explosion einer Bombe auf einem Obstmarkt 30 Menschen verletzt worden. Dabei ging ein Auto in Flammen auf und an umliegenden Gebäuden entstand Sachschaden. Der rund 1,5 Kilogramm schwere Sprengsatz war offenbar unter einem Marktstand in einer Plastiktüte versteckt und detonierte dort am frühen Vormittag auf dem zu dieser Zeit gut besuchten Bazar. Dies meldeten pakistanische Tageszeitungen unter Berufung auf den Polizeichef von Islamabad, Nasir Khan Durrani.

Einen Tag später war auch Quetta, die Hauptstadt der Provinz Balochistan, Ziel von Bombenanschlägen. Kurz hintereinander explodierten in den Abendstunden in verschiedenen Stadtvierteln zwei Sprengkörper. Betroffen war einmal eine schmale Straße sowie der Hinterhof eines Hindutempels. Bis auf einige zerbrochene Fensterscheiben entstand kein weiterer Sachschaden. Auch über Tote oder Verletzte wurde nichts bekannt. In allen Fällen blieben die polizeilichen Ermittlungen bis zum Redaktionsschluß ohne jedes Ergebnis.

Musharraf ernennt Stellvertreter

Militärdiktator Musharraf hat am 1. Mai Generalleutnant Muzaffar Hussain Usmani zum *Deputy Chief of the Army Staff* befördert und damit zu seinem Stellvertreter berufen. Usmani, der bislang das in Karachi postierte 5. Armeekorps befehligte, tritt sein Amt am 17. Mai an. Als dessen Nachfolger rückt Generalleutnant Tariq Waseem Ghazi auf, der bislang ein Kommando in Quetta innehatte.

Unter Militärexperten gilt Usmani in der Runde der Korpskommandeure als Mitglied einer Mehrheitsfraktion mit in weltanschaulicher Hinsicht relativ gemäßigten Positionen. Ihnen stehen nach Einschätzung von Beobachtern zwei bis drei Generalkollegen gegenüber, die als Islamisten- und Taliban-freundlich gelten, darunter beispielsweise der Kommandeur des in Lahore stationierten Armeekorps. Deshalb gehen die Fachleute davon aus, daß Musharraf mit der Be-

rufung Usmanis zu seinem Stellvertreter seine Machtposition innerhalb der Militärführung gestärkt haben dürfte. Auch gehen sie davon aus, daß Usmani schon bald in die Amtspflichten und täglichen Regierungsgeschäfte von General Musharraf eingebunden werden dürfte, um den Diktator zu entlasten. Unter Kennern gilt Musharraf schon seit längerem als amtsüde.

IWF-Delegation besucht Pakistan

Ab 9. Mai besucht eine Delegation des Internationalen Währungsfonds (IWF) Pakistan, um die Wirtschaftsleistung des Landes im ersten Quartal zu evaluieren. Dies gab Finanzminister Shaukat Aziz am 30. April im Rahmen einer Pressekonferenz in Islamabad bekannt. Vom Untersuchungsergebnis hängt nach den Worten des Ministers ab, ob der IWF die nächste Kredittranche in Höhe von 128 Millionen US-Dollar freigibt. Aziz gab sich vor den Journalisten optimistisch, daß die von dem Deutschen Klaus Ender geleitete IWF-Expertenrunde zu einem positiven Ergebnis kommen werde. So habe man fast alle der vom IWF gesetzten Zielvorgaben erfüllt. Lediglich die Steuereinnahmen, die laut IWF-Anforderungen 36 Milliarden Rupien erreichen sollten, seien mit lediglich 32,87 Milliarden Rupien hinter den Erwartungen zurückgeblieben.

Außerdem gab der Finanzminister bei dieser Gelegenheit bekannt, daß Weltbankpräsident Wolfensohn ihm bei einem Zusammentreffen am 28. April einen 250-Millionen-Dollar-Nothilfekredit für die Opfer der Dürre in Aussicht gestellt habe. Außerdem werde die Weltbank am 14. Juni über die Zusage einer insgesamt 700 Millionen Dollar schweren Finanzspritze beraten. Davon sei ein Kredit in Höhe von 350 Millionen Dollar an Strukturanpassungsmaßnahmen gekoppelt, die andere Hälfte verlange die Umsetzung von Reformen im Bankwesen, so der Minister.